

„Bauernrevolution“ eine interessante Versammlung der Bauernschaften in Glauchau.

Die Revolutionsgedanken des Herrn Leithold-Tettau. — Die Führer des sächsischen Landbundes in Glauchau. (Eigener Bericht.)

Schon seit Monaten hatte man mit großem Interesse die Kundgebung des früheren deutschnationalen Landtagsabgeordneten, Herrn Arno Leithold in Tettau, erwartet über den „Ausbruch einer Bauernrevolution“. Aus allen Gebieten des Bezirkes, des Vogtlandes, des Erzgebirges, Thüringens und des Allenburger Landes waren die Landwirte gekommen. Und auch der Sächsische Landbund und der Bezirkslandbund hatte es sich nicht nehmen lassen, an dieser hochinteressanten Tagung teilzunehmen, wenn auch als Debatteredner. Landtags- und Reichstagsabgeordnete, bekannte Führer des Sächsischen und Reichslandbundes nahmen an dieser Versammlung teil, die gestern Dienstag nachmittag bis zum Abend im Glauchauer „Eindenhof“ stattfand.

In seinen Ausführungen wies Herr Leithold darauf hin, daß wohl noch nie eine Bauernkündigung einen so „bunten Besuch“ aller Parteirichtungen aufzuweisen gehabt hätte. Er betonte dann die Notwendigkeit einer Bauernrevolution, die sich gegen die bestehende Unordnung richten müßte. Er suchte dann die Unordnung nachzuweisen, griff dabei die Industrie im allgemeinen scharf an, die viel Geld verdienen würde, und forderte, daß sich die gesamte Landwirtschaft genau ihrer Lage bewußt sein müsse. Der Landbund habe versagt und sei den bestehenden Verhältnissen gegenüber zu weich. So sei z. B. die Landwirtschaft in steuerlicher Beziehung am meisten benachteiligt worden. Die Bauernschaft werde heute überall ausgebeutet und an die Wand gedrückt. Deutschlands Erneuerung werde kommen, aber sie könne nicht kommen ohne die deutschen Bauernschaften. Seine Worte legte Herr Leithold dann in einer Entschiedenheit nieder, in der es heißt: „Wir verlangen den Rücktritt der heutigen Reichsregierung und die Auflösung des Reichstages, da beide gegen § 164 der Reichsverfassung verstoßen, in dem die Förderung der Landwirtschaft und ihr Schutz gegen Überlastung ausgesprochen wird. Der wiederum um zwei Jahre hinausgeschobene Zollschutz und die Projektierung eines Grundbesitzreformgesetzes sind alles andere, als Schutzmaßnahmen für unsern durch ungünstige Witterungsverhältnisse schwer darniederliegenden Stand. Nach dem zu erwartenden Grundsteuergesetz soll diese Steuer das 18fache der Friedensgrundsteuer betragen. Wer zahlt in Deutschland einen ähnlich hohen Steuersatz? Während unsere Söhne und Töchter 50—100 Mk. Einkommensteuer zahlen müssen, sind andere Arbeiter bis 1200 Mk. steuerfrei. Es ist ein Skandal sondergleichen, wenn das Reich 450,000 Menschen Arbeitslosenunterstützung zahlt zu einer Zeit, wo wir in der Landwirtschaft nicht mal die genügenden Leute zur Einbringung der Ernte aufstreiben können. Nach einer Auffstellung des Strohheims zahlen wir deutschen Landwirte 165 Millionen Mark mehr in die unter sozialistischer und kommunistischer Leitung stehenden Datskrankenkassen, als wie wir herausbekommen. Daß diese Gelder von den Krankhaften heute benutzt werden, um heranwachsende Kommunisten in Sowjetrußland wieder glaubensstark und gesund zu machen, ist nur der schwächlichen Haltung der Aufsichtsbehörden, also letzten Endes der Regierung zu verdanken. Wir verlangen deshalb endlich die Zulassung von Landkrankenkassen im allgemeinen und die Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Arbeiterbevölkerung in diesen Kassen. Während 1909 im Reichstage noch 97 Landwirte unter 397 Abgeordneten waren, sind heute unter 493 Abgeordneten nur noch 63 Landwirte. Wir sind also politisch im Reichstage von 24% auf 13% zurückgegangen. Ein Beweis, daß die bestehenden politischen Parteien nicht mehr im Stande sind, unsere Interessen zu vertreten. Wir treten deshalb in eine revolutionäre Bewegung gegen diese Verhältnisse ein.“ — Zum Schluß seiner Ausführungen forderte Herr Leithold die Aufstellung einer eigenen Bauernpartei. „Lassen Sie Ihre Bauernschaft ruhig bei der Arbeit“, führte der Redner aus, „es gibt noch etwas, was sich durchsetzen muß, das ist der alte gute deutsche Bauerngeist. Wir erheben uns, weil man den deutschen Bauerngeist vernichten will.“ Die Ausführungen wurden von einem Teil der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Es wurde dann in die Aussprache eingetreten, wobei nicht weniger als elf Redner das Wort ergriffen.

Landtagsabgeordneter Schreiber-Mischwitz bemerkte, daß er über die Darlegungen des Herrn Leithold sehr erstaunt sei. Das, was Herr Leithold gesagt habe, sei durchaus nichts Neues, und er hätte sich den Weg nach Glauchau ersparen können. Wenn der Landbund nicht die Schärfe an den Tag gelegt habe, so liegt das darin, daß die eigenen Freunde im Lande die Unterstützung versagt hätten. Die Frage der Aufstellung eigener Listen bei den Wahlen sei auch im Landbund seit Jahr und Tag erwogen worden. Am vorigen Mittwoch habe der Reichslandbund in Berlin sich ebenfalls mit dieser Frage beschäftigt; De-

schlüsse sind nicht gefaßt worden. Man hat erklärt, daß die Landwirtschaft nur versuchen könne, sich einer der großen Rechtsparteien anzuschließen. Selbst wenn die Landwirte 88 Mandate im Reichstag auf eigene Liste erhalten würden, so würde doch diese Gruppe zu schwach sein, daß sie auf die Dauer keinen Halt haben würde. Seit 20 Jahren stehe er in der politischen Bewegung, aber er habe immer feststellen müssen, daß die Deutsch-nationale Volkspartei sich immer für die Belange der Landwirtschaft eingesetzt habe. Wir brauchen keine Bauernrevolution. Der Reichslandbund steht gefestigter da, als sonst. Wir können uns den Luxus nicht leisten, mit einer eigenen Liste herauszukommen.

Landtagsabgeordneter Kaula-Zwickau wendet sich in lebhaften Worten gegen den Gedanken einer Bauernrevolution. Wenn Herr Leithold sich gegen die bestehende Unordnung gewandt habe, so helfe dagegen nur Mitarbeit an deren Beseitigung und keine Revolution. Man solle nicht mit dem Feuer spielen. Die Bauernschaft sei nicht mehr die Macht, wie vor dem Kriege, das werde auch von den Führern der deutschen Landwirtschaft zugegeben. 1882 machte die deutsche Landwirtschaft 40 Proz. der gesamten Bevölkerung aus, 1895 33,6 Prozent, 1907 27,1 Prozent, 1925 23 Prozent. Zum Schluß verteidigte der Redner die deutsche Industrie und betont, daß die von ihm vertretene Partei sich auch weiter für die landwirtschaftlichen Belange einsetzen werde.

Reichstagsabgeordneter Dieke-Rhodersdorf wendet sich ebenfalls dagegen, eine eigene Liste aufzustellen. Selbst wenn eine Liste aufgestellt werden würde, würden dennoch viele Landwirte für andere Listen stimmen. Würden die sächsischen Bauern eine eigene Liste aufstellen, dann würden sie nicht annähernd soviel Sitze im Landtage erhalten, wie sie heute haben. Für die Zukunft könne es nur einen Ruf geben: Weder Industrie noch Agrarstaat, sondern Industrie- und Agrarstaat.

Der Vorsitzende des Bundes junger Landwirte Schimpert, glaubt nicht, daß es jemals möglich sein werde, die Abgeordneten aus den einzelnen Parteien herauszuziehen und auf eine Bauernliste zu vereinen. Nicht eine neue Splitterpartei könne die Landwirtschaft retten in ihrer Notlage, sondern nur der umso festere Zusammenschluß und Anschluß an eine große Rechtspartei.

Sekretär Prager-Zwickau von der Deutschen Volkspartei spricht ebenfalls gegen eine Neugründung und hebt die Verdienste der Volkspartei um die Landwirtschaft hervor.

Gemeinschaftspfleger Hans-Glauchau warnt vor eventuellen russischen Zuständen. Er tritt dann warm ein für die Deutsch-nationale Volkspartei und bemerkt zum Schluß, daß es an der Zeit sei, wenn das Wahlalter von 21 auf 25 Jahre festgesetzt würde.

Schriftleiter Büchel-Dresden vom SPD wendet sich gegen den Vertreter der Deutschen Volkspartei. Er habe die Zuversicht, daß diese Bauernrevolution des Herrn Leithold im Sande verlaufen werde, weil in der sächsischen Bauernschaft viel zu viel gesunder Sinn vorhanden sei. Der Bauer sei kein Spielzeug, auch nicht für völkische Mandatsanwärter.

Landtagsabgeordneter Schreiber-Mischwitz fordert dann die Versammlung auf, auf den Reichslandbund, den sächsischen Landbund und auf den Bezirkslandbund ein Hoch auszubringen. Die anwesenden Landbundmitglieder stimmen begeistert in das Hoch ein, während Schreiber-Mischwitz den Saal verläßt.

Landbundesvertreter Krauß-Freiberg wendet sich dann gegen die Deutsche Volkspartei, die nicht immer in politischen Fragen sich für die Landwirtschaft verwendet habe.

Ein Sprecher der Völkischen, Falkenberg-Roden (Thüringen) feiert die völkischen Ideen und hält es für eine Notwendigkeit, völkische Bauernschaften zu gründen. Der Redner stößt dabei auf wiederholten Protest, während die anwesenden Mitglieder der Völkischen ihrerseits Beifall bekunden.

Für die Deutschnationalen spricht weiter Geschäftsführer Jäger-Crimmitschau, während Landtagsabgeordneter Bauer mit den Völkischen Abrechnung hält.

Unterdessen hat sich der Saal immer mehr geleert. Der Einberufer der Versammlung, Leithold, nimmt dann noch einmal das Wort und entgegnet auf die vielfachen Anwürfe. Zum Schluß der Versammlung legt er eine Entschiedenheit vor, die mit Mehrheit angenommen wird.

Damit erreichte die Versammlung erst gegen 1/8 Uhr ihr Ende. Sie war einberufen worden, um die Ideen einer völkischen Bauernrevolution zu propagieren; betrachtet man indes den Versammlungsverlauf, so muß man sagen, daß diese Versammlung mehr ein Erfolg war der zahlreich versammelten Landbundmitglieder.

vom Freistaat Mecklenburg abgelehnt. Die Reichsregierung wird aber unter allen Umständen an dem Befehlswort festhalten.

Berlin, 21. Septbr. Die Befolgungsvorlage der Reichsregierung liegt zur Zeit dem preussischen Kabinett zur Kenntnisnahme vor. Sofort nach Abschluß der Beratungen Preußens soll die Veröffentlichung erfolgen. Die zuständigen Stellen des Reichsfinanzministeriums sind zur Zeit mit der redaktionellen Fertigstellung der Befolgungsvorlage beschäftigt.

sprochen. Das Turnfest war überaus reich an Höhepunkten und ist den Teilnehmern noch in guter Erinnerung. Ein Drittel der gemeldeten Wettkämpfer war nicht angetreten, während von den angetretenen Wettkämpfern zwei Drittel den Eigentanz errangen. Am Vereinsturnen waren 37 Vereine beteiligt. Die einzelnen Bezirke schnitten folgendermaßen ab: 3. Bezirk: 462; 65 Punkte — 2 Siege. 4. Bezirk: 399; 82 Punkte — 9 Siege. 3. Bezirk: 218; 15 Punkte — 5 Siege. 1. Bezirk: 193; 01 Punkte — 4 Siege. Aus den Vergleichen mit anderen Gauen war zu ersehen, daß kleinere Gauen bedeutend stärker angetreten sind, als wir, und mancher andere noch größerer Gau. Der Lehrgang für Gaulturnwarte im Kreis wurde besprochen. Gaulturnwart Wolf erluchte um rechtzeitige Meldung für das Ausschreibungsturnen in Zoldau, damit er rechtzeitig an den Kreis weiter melden kann. Gaupr. Martin.

Öffentliche Schulbezirksausschussitzung am 20. September Nachmittags 6 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses.

Der Ausschuss des Schulbezirks der drei Waldenburger Gemeinden hielt gestern Abend eine öffentliche Sitzung ab, zu der die Ausschussmitglieder vollständig erschienen waren. Zuhörer waren nur schwach vertreten. Zwei aus den Kreisen der Elternschaft bewiesen durch ihre Anwesenheit ihr Interesse an den Verhandlungen.

Um 6 Uhr eröffnete Herr Stadtrat Vogel als Ausschussvorsitzender die Verhandlungen. Kenntnis genommen wurde von der Einladung des Turnvereins von 1844 zu seiner bevorstehenden Jubelfeier, von der Besetzung der Schulhausmannstelle in der Stadtschule durch den bisherigen Oberratsarbeiter Herrn Hultsch und von der Bildung eines Bauausschusses, dem Herr Baumeister Lautenbach und die beiden Herren Schulleiter zugehören. Weiter gelangte eine Ministerialverordnung vom 9. Mai zur Bekanntgabe, in der in besonderen Fällen die Zustimmung des Bezirksschulrates einzuholen ist, wenn Kinder nach einer Nachbarortsschule übergehen wollen.

Die angeregte Einführung eines Milchfrühstücks in beiden Schulen kam sodann zur Besprechung. Es wurde vorgeschlagen, daß eine Abteilung von etwa 40 Kindern 6 Wochen lang je 1/4 Liter Milch in der großen Pause erhält. Die Auswahl der Kinder soll durch den Klassenlehrer, ev. unter Zuziehung des Schularztes erfolgen und besonders die Unterlassen damit bedacht werden. Die Kosten würden sich in der Stadt auf etwa 800, in Altstadt 500 Mark, zusammen 1300 Mk. belaufen. Da im diesjährigen Etat Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen, beschließt man einstimmig, daß man grundsätzlich mit der Einführung des Milchfrühstücks in vorgeschlagener Form ab Ostern 1928 einverstanden ist und daß im neuen Etat Mittel dafür bereitgestellt werden.

Der von der Schulleitung der Altstadt Schule vorgeschlagene Regelung der Unterrichtszeiten im Winterhalbjahr, von Vormittags 7/8—1/2 13 und Nachmittags 14—17 Uhr wurde zugestimmt.

Die Kosten für die Instandsetzung der Schulhausmanns-Wohnung in der Stadtschule wurden dann bewilligt. Für die altertümliche Klingelanlage in der Stadtschule vom Direktorzimmer zur Hausmannswohnung wurde die Anlage einer elektrischen Klingel-Einrichtung genehmigt. Im neuen Etat sollen weiter Mittel bereit gestellt werden, die Läute-Anlagen für Pause und Unterrichtsschluß ebenfalls elektrisch auszubauen.

Weiter kam eine Eingabe der Gewerbeschule zur Vorlage, in der die Verlegung des Reifeunterrichts der Fortbildungsschule in das Gebäude der Gewerbeschule vorgeschlagen wird. Die Aussprache ergab, daß eine dringende Notwendigkeit dazu nicht vorliegt, da die in der Stadtschule dazu bestimmten Räume als ausreichend zu betrachten sind. Außerdem stehen schuletechnische Gründe dem entgegen. Dem Vorschlag des Vorsitzenden, eine Anfrage an die Gewerbeschule zu richten, ob sie ab Ostern bereit wäre, den gesamten Fortbildungsschulunterricht zu übernehmen, wurde zugestimmt, besonders ist aber eine genaue und bindende Aufstellung darüber zu verlangen, welche Kosten dem Bezirksschulverband dafür erwachsen.

Der folgende Punkt betraf den Kirmesmontag in Altstadt Waldenburg, der bisher schulfrei war. Im Bezirksschulverband geht es nicht an, daß nur ein Teil der Kinder frei hat, der andere nicht. Nach der neuen Schulordnung ist dieser Tag nicht mehr frei. Für dieses Jahr wird folgende Regelung beschlossen: Am Vormittag wird Unterricht gehalten, der Nachmittagsunterricht wird auf einen anderen freien Nachmittag verlegt. Zukünftig wird der Kirmesmontag nicht mehr frei sein.

Die vom Turnverein für die Benutzung der Turnhalle durch die Schulen verlangte Entschädigung in Höhe von 600 Mark findet man zu hoch und hält man 500 Mk. als angemessen. Mit dem Verein soll hierüber nochmals verhandelt werden. Die Entschädigung an Frau Wegig für Heizung und Reinigung der Halle setzt man auf 100 Mk. fest.

Schließlich kamen noch verschiedene Sachen zur Behandlung. Die Turngeräte auf dem Schulplatz der Altstadt Schule sind in einem sehr baufälligen Zustand. Man beschloß einen Kostenaufschlag über Instandsetzung einzufordern. Eine erregte Aussprache schloß sich an eine Anregung an, in der die Beseitigung des Straßenschuttes vor der Altstadt Schule und die Planierung des Platzes vorgeschlagen wurde. Man war verschiedener Meinung, wer die Kosten dafür zu tragen habe, ob der Schulbezirk oder die Kirche als Grundstücksbesitzerin. Schließlich wurde bestimmt, daß die Baufirma Stiezel durch die Gemeinde veranlaßt werden soll den Schutt zu räumen. Die Planierung des Platzes bleibt späterer Regelung vorbehalten. Die Anschaffung eines Postens zur Einfahrt in das Schulgrundstück über die Fußsteigeleite wurde bewilligt.

Damit nahm die Sitzung 7,20 Uhr ihr Ende.

Merkei aus aller Welt.

* Wegen Fabrikspionage polizeilich geschlossen wurde auf Anordnung der Kriminalpolizei in Stuttgart eine Fabrik in Berlin-Weißensee. Eine große Zahl von Kriminalbeamten hatte sich nach dem Werk begeben, dort alle Ein- und Ausgänge besetzt und dann die Anlagen des Werkes einer gründlichen Durchsichtigung unterzogen. Ein großer Teil Schriftstücke, Pläne, Konstruktionszeichnungen, Geschäftsbücher und der Korrespondenz wurde beschlagnahmt und mittels Wagens nach dem Präsidium geschafft, wo das Material gesichtet und einer Prüfung unterzogen wird. Ein Betriebsleiter, ein Werkmeister und ein Werkzeugmacher wurden in Haft genommen.

* Große Ueberschwemmungen in Mexiko. Infolge von Hochwasser im Tale des Lerma-Flusses sollen 25 000 Personen obdachlos sein. Bis jetzt sind sechs Todesopfer bekannt. Die meisten Bewohner des heimgesuchten Gebiets haben ihr Leben retten können, viele aber haben ihre Habe verloren. Die Stadt Acambaro soll zum Teil zerstört sein.

Telegramme.

Berlin, 21. September. Das Reichsschulgesetz wurde